

Claus Vogt Marktkommentar - Ausgabe vom 09. Mai 2014

Zentralbanken sorgen dafür, dass die Schere zwischen Arm und Reich größer wird

- "Soziale Gerechtigkeit" - ein politischer Kampfbegriff
- Unsoziale Geldpolitik ist die eigentliche Ursache der relativen Verarmung
- Sobald die Blase platzt, wird sich die Schere wieder schließen

Die Ungleichheit der Vermögensverteilung hat deutlich zugenommen

Liebe Leser,

die zunehmende Ungleichheit der Vermögensverteilung ist in den USA inzwischen zu einem veritablen Modethema geworden. Kein Geringerer als Präsident Obama sprach in diesem Zusammenhang sogar von einem der größten Probleme unserer Zeit.

Inzwischen hat das Wehklagen über diese Entwicklung auch Deutschland erreicht. Hierzulande soll diese Ungleichheit im Vergleich mit anderen Ländern der Europäischen Union sogar besonders ausgeprägt sein. Ins gleiche Horn bläst diese Woche auch der Spiegel mit seiner Titelgeschichte "Die Wohlstandslüge - von der Unmöglichkeit, mit Arbeit reich zu werden". Hierzu interviewte er den französischen Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty, der - wie weiter unten deutlich wird - fälschlicherweise als Kapitalismuskritiker titulierte wird. Mit seinem im Februar 2014 erschienenen Buch "Das Kapital im 21. Jahrhundert" warnt Piketty vor der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich in den Industrienationen und befeuert damit sehr erfolgreich die extrem linkslastige Gerechtigkeitsdebatte. Zu diesem Buch werde ich an anderer Stelle noch deutlich mehr zu sagen haben.

Wie immer wird in der von Gleichmacherei um jeden Preis geprägten Europäischen Union, aber zunehmend auch in den USA, nicht etwa ernsthaft nach den Ursachen der ungleichen Entwicklung gefragt. Stattdessen wird sofort der ach so gutmenschliche und überaus wählerwirksame Ruf nach „mehr sozialer Gerechtigkeit“ laut.

„Soziale Gerechtigkeit“ – ein politischer Kampfbegriff

Dabei dient dieser schillernde politische Kampfbegriff stets der Rechtfertigung jeder erdenklichen Form von Gleichmacherei, Umverteilung, Regulierung und Verboten. Er wird im politischen Tagesgeschäft von den rhetorisch geschulten Berufspolitikern ganz

bewusst so häufig eingesetzt, weil er völlig undifferenziert ist und sich deshalb hervorragend zur Verschleierung der tatsächlichen politischen Absichten eignet. Und diese lassen sich fast immer auf einen sehr einfachen Nenner bringen: Staatlich erzwungene Umverteilung, die sich ausschließlich an ideologischen Überzeugungen orientiert. Fakten und ökonomische Zusammenhänge spielen dabei keine Rolle.

Das Ergebnis dieser durch politische List und Verschleierung geprägten Umverteilung ist der in Sonntagsreden so gerne kritisierte Steuer- und Subventionsdschungel, an dessen Entstehung alle Parteien in den vergangenen Jahrzehnten kräftig mitgewirkt haben und dessen Rodung nie ernsthaft in Erwägung gezogen wurde. Immerhin lässt sich diese Form der Umverteilung noch relativ einfach erkennen. Sehr viel schwieriger ist es jedoch, zu den Ursachen der zunehmenden Ungleichheit der Vermögensverteilung vorzudringen. Außerdem ist eine objektive Ursachenanalyse politisch auch gar nicht gewollt. Warum?

Unsoziale Geldpolitik ist die eigentliche Ursache der relativen Verarmung

Ganz einfach: Weil der Staat selbst in Form des von ihm durchgesetzten staatlichen Geldmonopols die eigentliche Wurzel des Übels ist. Und die Zentralbanken, denen die Verwaltung dieses Monopols obliegt, sind seine willigen Erfüllungsgehilfen im Tagesgeschäft.

Bereits in den 90er Jahren sind die Zentralbanken nahezu weltweit zu einer extrem expansiven oder aggressiven Geldpolitik übergegangen. Aus Gründen, die den Umfang dieses Newsletters sprengen würden, führte diese Politik aber nicht zu einer in die Breite gehenden Geldentwertung. Stattdessen kam es zu massiven Preissteigerungen bei Vermögenswerten wie Aktien, Immobilien oder Kunst, während Löhne und Gehälter kaum gestiegen sind.

Auf diese Weise wurden die Besitzer von Vermögenswerten immer reicher, während es für den Großteil der arbeitenden Bevölkerung immer schwerer wurde, durch Sparen selbst Vermögen zu bilden. Die Nullzinspolitik der vergangenen Jahre hat dieser Entwicklung gewissermaßen die Krone aufgesetzt, indem sie dafür gesorgt hat, dass sich Sparen nicht mehr lohnt. Im Gegenteil: Der Sparer ist in diesem politisch bewusst herbeigeführten Arrangement der Dumme. Er wird systematisch bestraft und am Vermögensaufbau gehindert. Er hat keine Chance mehr, aus eigener Kraft dafür zu sorgen, dass sich die Schere wieder schließt.

Sobald die Blase platzt, wird sich die Schere wieder schließen

Dennoch wird sich die Schere schon bald wieder schließen. Denn die aktuelle Spekulationsblase, die ich aufgrund ihres in die Breite gehenden Ausmaßes für die Mutter aller Blasen halte, wird demnächst platzen – mit verheerenden Folgen für die Finanzmärkte und die Realwirtschaft.

Ich wünsche Ihnen ein angenehmes Wochenende.

Ihr



Claus Vogt

PS: Die hier besprochene Ungleichheit war übrigens Ende der 20er Jahre auch ein wichtiges Thema.

[Krisensicher Investieren - Claus Vogts und Roland Leuschels Börsenbrief](#)